

# SÄCHSISCHER LANDKREISTAG

Bundeskanzleramt  
Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Dresden, 2015-11-04  
AZ: 103.00 / 132949

## **Asylpolitik in Deutschland - Asylpolitik in den sächsischen Landkreisen**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

mit drängender Sorge um den bürgerschaftlichen Zusammenhalt in unseren Gemeinden und Städten sowie in der Verantwortung vor unseren Bürgern wenden wir uns gemeinsam an Sie.

Der nicht abbreißende und ständig steigende Flüchtlingsstrom hat die zehn sächsischen Landkreise bei der Unterbringung und Betreuung der Asylsuchenden an Kapazitäts- wie Belastungsgrenzen geführt.

Bislang konnten wir, zumeist durch dezentrale Lösungen, die Unterbringung und Betreuung der Asylsuchenden in geordneter Weise menschenwürdig sicherstellen. Dies wird schon in den kommenden Tagen, zumindest in der bisherigen Form, nicht mehr möglich sein. So können wir in den ländlichen Räumen eben nicht, wie anderswo in Ballungsräumen und an Verkehrsknotenpunkten, auf Großobjekte, wie Messen, Flughäfen, Hauptbahnhöfe etc., als künftige Gemeinschaftsunterkünfte zurückgreifen. Mangels dieser Optionen müssen wir in den kommenden Wochen schrittweise dazu übergehen, auch auf Turnhallen, die eigentlich für den Schul- und Vereinssport bereitstehen, zurückzugreifen. Hinzu werden verstärkt auch provisorische Unterbringungslösungen kommen. Dies ist auch angesichts von Gebieten in Mittelgebirgslagen im Hinblick auf den bevorstehenden Winter mehr als problematisch.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung wie auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand schwindet stetig. Wir verspüren einen zunehmenden Stimmungswandel. So werden wir tagtäglich mit den Sorgen nach der Zukunft und Fragen zur Wiederherstellung geordneter Verfahren konfrontiert.

Wir verspüren den zunehmenden nachvollziehbaren Unmut unserer Bürgerinnen und Bürger, dass hier grundlegende europäische und internationale Regeln der Flüchtlingspolitik außer Kraft gesetzt sind. Bei einer weiteren Verschärfung der Situation wird sich die Spaltung der Gesellschaft sogar noch verstärken.

Wir erkennen durchaus an, dass die Bundesregierung durch ein Maßnahmenbündel an gesetzlichen, finanziellen, organisatorischen und außenpolitischen Initiativen versucht, die Flüchtlingsströme in geordnete Bahnen zu lenken.

Jedoch ist die Wirksamkeit dieser Maßnahmen noch nicht zu spüren. So ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Sachsen nicht in der Lage, die ankommenden Flüchtlinge vollständig zeitnah zu registrieren. Es gibt keine schnellen Entscheidungen darüber, wer Asyl in unserem Land bekommt und wer nicht. Das blockiert Unterbringungskapazitäten, die dringendst benötigt werden.

Abgesehen davon bleiben Zweifel, ob damit insgesamt der Zustrom der Flüchtlinge begrenzt werden kann. In jedem Fall ist der anhaltende Kraftakt der Schaffung immer neuer Unterbringungskapazitäten nicht durchzuhalten, zumal man durch diese Notmaßnahmen direkt in die Lebensgewohnheiten der Bürgerschaft eingreifen muss.

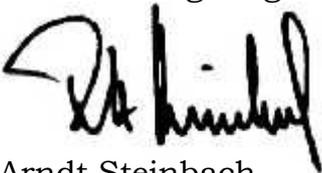
Wir fordern, die Anstrengungen auf Bundesebene noch einmal deutlich zu verstärken, um hier tatsächlich auch zu einer notwendigen Begrenzung des Flüchtlingszustroms wie auch zu geordneten Verfahren zu kommen. Es muss für die Bürgerschaft spürbar werden, dass die Anstrengungen und Maßnahmen zielführend sind.

Alles andere lässt aktuelle Politik unglaublich erscheinen und lässt extremistische Strömungen weiter erstarken.

Hochachtungsvoll



Frank Vogel  
Präsident  
Landrat Erzgebirgskreis



Arndt Steinbach  
1. Vizepräsident  
Landrat Landkreis Meißen



Dr. Christoph Scheurer  
2. Vizepräsident  
Landrat Landkreis Zwickau



Michael Harig  
Landrat Landkreis Bautzen



Bernd Lange  
Landrat Landkreis Görlitz



Henry Graichen  
Landrat Landkreis Leipzig



Matthias Damm  
Landrat Landkreis Mittelsachsen



Kai Emanuel  
Landrat Landkreis Nordsachsen



Michael Geisler  
Landrat Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge



Rolf Keil  
Landrat Vogtlandkreis